



HESSISCHER LANDTAG

28. 08. 2018

KPA

Antrag

der Fraktion der SPD

betreffend Ungerechtigkeit durch Kostenübernahme beim Schülerticket abbauen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Schulträger für die Organisation und Durchführung der Schülerbeförderung im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zuständig sind und sie diese Aufgabe selbstständig und eigenverantwortlich wahrnehmen, jedoch die Einführung des neuen Schülertickets zu Ungerechtigkeiten geführt hat.
2. Der Landtag stellt fest, dass viele Eltern die bestehende Regelung im Hessischen Schulgesetz, die Schülerinnen und Schüler in zwei Gruppen aufteilt, in diejenigen, die mit dem Schülerticket den Öffentlichen Personennahverkehr kostenlos nutzen können und diejenigen, die für die Fahrten bezahlen müssen, missbilligen.
3. Der Landtag kritisiert, dass insbesondere bei Schulveranstaltungen, wie Klassenfahrten, Ausflügen oder Sportveranstaltungen, bei denen öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden, die Eltern der Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 10 (bei G 8 Jahrgangsstufe 9), denen das Schülerticket erstattet wird, und die somit über ein kostenfreies Schülerticket verfügen, von der Einführung des Schülertickets profitieren, während Eltern, denen es nicht erstattet wird, den vollen Fahrpreis bezahlen müssen und damit in doppelter Weise benachteiligt werden. Denn es führt dazu, dass Kinder und Jugendliche ohne Schülerticket von der Teilhabe an vielen Aktivitäten ausgeschlossen werden.
4. Der Landtag fordert die Gleichbehandlung von Schülerinnen und Schülern, die an Schulveranstaltungen teilnehmen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Vorschlag vorzulegen, wie die Ungerechtigkeiten, die durch das Schülerticket entstanden sind, abgebaut werden können.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. August 2018

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Rudolph